

Zusatzleistungsverordnung (ZLV)

(Änderung vom 28. September 2011)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Zusatzleistungsverordnung vom 5. März 2008 wird wie folgt geändert:

§ 3. ¹ Anspruch auf Vergütung der Kosten besteht nur, soweit nicht Leistungen anderer Versicherungen die Kosten decken. Der Bezug folgender Leistungen wird nicht berücksichtigt:

- a. Hilfslosenentschädigung der AHV, der IV, der Unfall- oder Militärversicherung,
- b. Assistenzbeitrag der IV.

Allgemeines
a. Verhältnis
zu Leistungen
anderer
Versicherungen

² Erhöht sich der Betrag der Kostenvergütung nach Art. 14 Abs. 4 des Ergänzungsleistungsgesetzes vom 6. Oktober 2006 (ELG)¹ oder nach Art. 19b ELV², werden die Hilfslosenentschädigung der IV und der Unfallversicherung sowie der Assistenzbeitrag der IV von den ausgewiesenen Pflege- und Betreuungskosten nach §§ 11–13 abgezogen. Der Höchstbetrag nach Art. 14 Abs. 3 lit. a ELG¹ darf jedoch nicht unterschritten werden.

³ Hat die Krankenversicherung für ihre Vergütung von Pflege- und Betreuungskosten zu Hause die Hilfslosenentschädigung der IV oder der Unfallversicherung oder den Assistenzbeitrag der IV angerechnet, werden diese im Umfang der Anrechnung nicht von den ausgewiesenen Kosten abgezogen.

Abs. 4 unverändert.

§ 12. Abs. 1 und 2 unverändert.

³ Ein Anspruch auf einen Assistenzbeitrag der IV geht den Ansprüchen gemäss Abs. 1 und 2 vor.

b. Leistungen
durch Familien-
angehörige

§ 13. Abs. 1–3 unverändert.

⁴ Ein Anspruch auf einen Assistenzbeitrag der IV geht den Ansprüchen gemäss Abs. 1–3 vor.

c. Bei direkt
angestelltem
Pflegepersonal

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Gut-Winterberger

Der Staatsschreiber:

Husi

Rechtskraft und Inkrafttreten

Diese Änderung ist rechtskräftig und tritt am 1. Januar 2012 in Kraft ([ABl 2011, 2833](#)).

¹ [SR 831.30.](#)

² [SR 831.301.](#)